
**Duale Berufsausbildung
im Kontext neuerer wirtschaftlicher Entwicklungen
- Ausgewählte Aspekte -**

Rückläufiges Wirtschaftswachstum, hohe Arbeitslosigkeit bei gleichzeitigem Fachkräftemangel und nicht zuletzt die Ergebnisse der Schulleistungsstudie PISA rücken die Bedeutung einer qualifizierten Berufsausbildung ins Zentrum wirtschafts- und bildungspolitischer Debatten. Zur Stärkung der internationalen Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands wird vielfach die Notwendigkeit gesehen, das duale System der Berufsausbildung weiter zu modernisieren. Denn zukunftsfähige berufliche Bildung und Qualifizierung gelten als entscheidende Voraussetzung, um die Fortentwicklung von Wirtschafts- und Arbeitsstrukturen zu begleiten und zu unterstützen.

Quantitative Betrachtung

In Deutschland wurden im Ausbildungsjahr 2000/2001 knapp 614.000 neue Ausbildungsverträge abgeschlossen, rund 1% weniger als im Vorjahr. Das Angebot übertraf die Nachfrage - laut den Berechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) - um 4000 freie Plätze. Allerdings ist hierbei u.a. zu beachten, dass die Lage im Ausbildungsjahr 2001/2002 wieder angespannter war und zudem beträchtliche berufliche und regionale Ungleichgewichte bestehen. Ein zu knappes Angebot an Ausbildungsplätzen ist insbesondere in den neuen Bundesländern zu verzeichnen.

Für die Zukunft wird erwartet, dass sich der Bedarf an Ausbildungsplätzen voraussichtlich bis zum Jahr 2007 erhöhen wird (DIW), wobei die Zahl der Schulabgängerinnen/Schulabgänger im alten Bundesgebiet steigt, während in den neuen Ländern mit einer weiter sinkenden Zahl gerechnet wird.

Wirtschaft und Berufsausbildung im Wandel

Infolge eines tiefgreifenden weltwirtschaftlichen Wandels der Arbeitsmärkte lässt sich allgemein ein Rückgang der Beschäftigung in der Industrie (hier vor allem in Großbetrieben), im Finanzsektor und in den staatlichen Dienstleistungen beobachten. In den neuen Bundesländern fielen zudem aufgrund der Strukturanpassungen bis 1997 ein Großteil der Stellen im industriellen Sektor weg. Gleichzeitig entwickeln sich neue Wachstumsbranchen in der Informations- und Kommunikationstechnologie, in der Biotechnologie und Mikroelektronik und in den zunehmend liberalisierten und privatisierten Dienstleistungsbereichen. Hieraus entstehen auch neue Herausforderungen für die betriebliche Personal- und Organisationswirtschaft, für die Interessenvertretung der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen und für staatliche Bildungsinstitutionen hinsichtlich der beruflichen Erstausbildung.

Schon in den 60er Jahren, als das duale, d.h. betrieblich und schulisch organisierte, Ausbildungssystem modernisiert wurde, bestand das Ziel darin, die berufliche Erstausbildung den wirtschaftlichen Entwicklungen anzupassen und dabei die Interessen des Staates, der Arbeitnehmerschaft und der Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber zu berücksichtigen. Um den flexibleren Einsatz von qualifizierten Arbeitskräften zu gewährleisten, wirkte das Bundesinstitut für Berufsbildung einer zu engen beruflichen Spezialisierung und den unübersichtlichen Ausbildungsregelungen entgegen und förderte die Basisqualifikation in Ausbildungsberufen. Folglich sank die Zahl von 900 Ausbildungsberufen in den 50er Jahren kontinuierlich auf zuletzt 355 anerkannte Ausbildungsberufe im Jahr 2000.

Die Zahl der 2001 abgeschlossenen Ausbildungsverträge in den neu geordneten und neuen Berufen zeigt, dass sich die alte Grenze zwischen gewerblich-technischen und kaufmännischen Berufen zunehmend auflöst. Im Vergleich zum Vorjahr stieg die Zahl der abgeschlossenen Ausbildungsverträge in den neu geordneten und neuen Berufen um 9,5% auf 55.690, in den Berufen

Fachinformatiker/-in sogar um 14,8%, Informatikkaufmann/-frau um 21,3%, Mechatroniker/-in um 19,4% und in der Mediengestaltung im Handwerk um 10,4%.

Qualitätssicherung der beruflichen Erstausbildung

Ausgelöst u.a. durch den wachsenden Einfluss von neuen Technologien in einer zunehmend wissensbasierten Ökonomie wird derzeit erneut eine Modernisierung der Berufsbilder, der Ausbildungsinhalte und -dauer, der Lernkonzepte und der Prüfungen für notwendig gehalten. Um dem hohen Innovationstempo durch neue Technologien gerecht zu werden, sollen die Berufsbilder weiterhin zügig und flexibel verändert werden. Auch die Ausbildungszeiten stehen auf dem Prüfstand. Denn sie sind im internationalen Vergleich sehr lang und verbessern – verschiedenen Einschätzungen zufolge - nicht zwangsläufig das Qualifikationsniveau. Zudem gibt es Überlegungen, den Ausbildungsbereich in verschiedene Teile (Module) zu gliedern. Damit sollen die betrieblichen Ausbildungsplätze den vielfältigen Bedürfnissen der Unternehmen angepasst werden, um einem Fachkräftemangel entgegen zu wirken bzw. vorzubeugen und den Auszubildenden eine größere berufliche Mobilität zu ermöglichen.

Des Weiteren stehen neue Qualifikationsinhalte infolge des Wandels von Berufsbildern zur Debatte. Aus gewerkschaftlicher Sicht wird u.a. gefordert, dass allen Auszubildenden Basisqualifikationen vermittelt werden, die ihre berufliche Flexibilität im Erwerbsleben gewährleisten sollen. Dazu gehört der Umgang mit Informationstechnik, Medienkompetenz, Strategien des lebenslangen Lernens, aber auch Schlüsselqualifikationen wie soziale Kompetenz, Teamfähigkeit und Projekt- und Prozessarbeit. Die zu starre Grenze zwischen Hochschul- und Berufsausbildung sollte durchlässiger werden, um für hochqualifizierte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vielfältige Karrierewege zu eröffnen.

Von der fach- zur produktorientierten Ausbildung

Nicht nur weltwirtschaftliche Entwicklungen und neue Berufsbilder sorgen für einen Wandel der Berufsausbildung. Vielmehr entstehen durch qualifizierte Zukunftsarbeitsplätze auch neue Anforderungen an Beschäftigte und Auszubildende. Als Ziel der Aus- und Weiterbildung wird nicht mehr nur eine fachorientierte Berufsqualifizierung zur Sicherung eines reibungslosen Ablaufs des Produktionsverfahrens gesehen. Um im internationalen Wettbewerb konkurrenzfähig zu bleiben, wird heute immer mehr die Einschätzung vertreten, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an der Entwicklung von innovativen Produkten, neuen Herstellungsverfahren und organisatorischen Lösungen beteiligt werden sollen. Vor allem in Unternehmen der neuen Wachstumsbranchen, die durch hohen Innovationsdruck, kürzere Produktionszyklen und projektorientierte Produktionsverfahren gekennzeichnet sind, wandelt sich das geforderte Profil: weg vom rein fachbezogenen Spezialistentum hin zu produktorientierten Generalisten, die den Geschäftsprozess ständig im Auge haben und zudem über beratende organisatorische Fähigkeiten verfügen. In diese Richtung sollen Auszubildende verstärkt trainiert werden.

Auf der anderen Seite wird jedoch auch deutlich, dass seitens der Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber von der Belegschaft zunehmend die Bereitschaft zu flexiblen Arbeitsverhältnissen, befristeter Beschäftigung und freiberuflicher Mitarbeit erwartet wird, so dass die lückenlose Erwerbstätigkeit in einem Unternehmen – vormals entscheidendes Kriterium von Betriebsidentität – nicht mehr als Normalfall gelten kann.

Bildungspolitische Aussichten

Ziel der Berufsbildungspolitik der Bundesregierung ist eine grundlegende Modernisierung der dualen Berufsausbildung, die die Ausbildungsbereitschaft der Betriebe stärkt, neue und wachsende Beschäftigungsfelder für die Berufsausbildung erschließt und damit die Ausbildungschancen der Jugendlichen verbessert. Entsprechend einer gleichstellungspolitischen Strategie soll insbesondere die Ausbildung junger Frauen in den IT-Berufen gefördert werden. Dass die Gestaltung einer zukunftsfähigen Berufsausbildung als gemeinsame Aufgabe begriffen wird, zeigen die diesbezüglichen Vereinbarungen des Bündnisses für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit und die bereits von der Bundesregierung eingeleiteten Maßnahmen.

Quellen bei den Bearbeiterinnen abrufbar (ORR'n Ermtraud, Tel. 35767)

Bearbeiterinnen: Dr. des. Diplom-Sozialwissenschaftlerin Yvonne Bauer, ORR'n Katharina Ermtraud, Fachbereich V, Wirtschaft und Technologie, Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft, Tourismus, Angelegenheiten der neuen Länder, Tel. 35762